

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung
am Mittwoch, **09.02.2011**, 18:20 Uhr - 19:40 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Peter Frings, Richard-Michael Halberstadt, Josef Messing, Robert Otte, Klaus-Peter Richter, Barbara Stober, Dieter von den Berg,

von der SPD-Fraktion

Beanka Ganser, Elke Haves-Cloppenburg, Dr. Michael Jung (bis 18:55 Uhr), Thomas Kollmann, Kurt Pölling (ab 18:55 Uhr), Maria Winkel,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Dr. Petra Dieckmann, Dirk Guddorf, Gisela Holtz, Otto Reiners,

von der FDP-Fraktion

Gisela Geschkewitz, Dietmar Uhlenbrock,

von der Fraktion DIE LINKE.

Joachim Bruns,

Sachkundige Einwohner/innen

Yildirim Eroglu, Michael Hartleif, Otmar Knüvener, Martin Schofer,

von der Verwaltung

Stadtrat Thomas Paal, Dagmar Arnkens-Homann, Annette Fahl, Felix Graf von Plettenberg, Dr. Thomas Hauff, Gabriele Regenitter, Thomas Schulze auf'm Hofe, Dr. Norbert Schulze Kalthoff, Dr. Claus Weth, Michael Willamowski,

für die Schriftführung

Barbara Hamisch,

Es fehlten:

Gilbert Aldejohann (abgemeldet), Birgit Edler (abgemeldet), Dr. Brigitte Hasenjürgen (abgemeldet), Dr. jur. Thorsten Kornblum (abgemeldet), Franziskus-Pius Graf von Merveldt (abgemeldet), Dr. Karin Obst (abgemeldet), Dr. Gabriele Peus-Bispinck (abgemeldet), Florian Steinforth (abgemeldet), Harald Wölter (abgemeldet),

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung am 09.02.2011

Tagesordnung

1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Eingänge und Mitteilungen
 - 3.1. Eingänge
 - 3.2. Mitteilungen
4. Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses
5. Kleinräumige Bevölkerungsprognose 2009 bis 2020 der Stadt Münster
6. Stiftung Magdalenenhospital: Änderung der Stiftungsprogramme "Förderung altenfreundlicher Wohnungen" und "Hilfen zum Umzug"
7. Weiterführung der Bundesgeschäftsstelle des Gesunde-Städte Netzwerks (GSN)
8. Handlungsprogramm Wohnen
9. Information und Beratung für komplexe Anliegen und bei Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets für Menschen mit Behinderung: Einrichtung eines Beratungsangebotes durch die Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE NRW e.V.
10. Jahresprogramm 2011 des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung
11. Verschiedenes

V/0814/2010
V

V/0037/2011
V

V/0041/2011
V

V/0921/2010
V

Frau Ganser eröffnete um 18:20 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 1 der Tagesordnung	Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder
---------------------------------	--

Mitglieder, die zu verpflichten gewesen wären, waren nicht anwesend.

Punkt 2 der Tagesordnung	Festsetzung der Tagesordnung
---------------------------------	-------------------------------------

Die Tagesordnung wurde wie vorgesehen festgesetzt.

Punkt 3 der Tagesordnung	Eingänge und Mitteilungen
---------------------------------	----------------------------------

Punkt 3.1 der Tagesordnung	Eingänge
-----------------------------------	-----------------

Keine.

Punkt 3.2 der Tagesordnung	Mitteilungen
-----------------------------------	---------------------

Herr Stadtrat Paal wies auf folgende Mitteilungen hin, die den Mitgliedern vorlagen:

- Landesprogramm „Erwerbslosenberatung und Arbeitslosenzentren“
- Münster-Pass
- Förderung der Wohlfahrtspflege aus dem Budget des Sozialamtes

Punkt 4 der Tagesordnung	Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses
---------------------------------	---

Keine.

Punkt 5 der Tagesordnung	Kleinräumige Bevölkerungsprognose 2009 bis 2020 der Stadt Münster
---------------------------------	--

Entsprechend dem Vorschlag von Frau Ganser in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung am 18.11.2010 stellte Herr Dr. Hauff zusammengefasste Informationen aus der Vorlage V/0707/2010 „Kleinräumige Bevölkerungsprognose 2009 bis 2020 der Stadt Münster“ in Bezug auf Belange der Aufgabenbereiche Soziales und Gesundheit vor. Die Zusammenfassung ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 1**.

Herr Dr. Hauff und Herr Schulze auf'm Hofe beantworteten Nachfragen der Mitglieder.

Frau Ganser bedankte sich bei Herrn Dr. Hauff für die umfassenden Informationen.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0814/2010**

Stiftung Magdalenenhospital: Änderung der Stiftungsprogramme "Förderung altenfreundlicher Wohnungen" und "Hilfen zum Umzug"

Herr Stadtrat Paal beantwortete Nachfragen der Mitglieder.

Herr Schofer erklärte im Namen der Kommunalen Seniorenvertretung, dass die Stiftungsprogramme „Förderung altenfreundlicher Wohnungen“ und „Hilfen zum Umzug“ positiv wahrgenommen würden als zusätzliche Leistungen, die in der Stadt Münster im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen abgerufen werden könnten. Die budgettechnische Zusammenführung der beiden Stiftungsprogramme werde begrüßt, die Ansatzreduzierung bei dem Programm „Förderung altengerechter Wohnungen“ aber als bedauerlich angesehen.

Die Kommunale Seniorenvertretung hege die Erwartung, dass keine weitere Kürzung vorgenommen und bei einer besseren Ertragslage die Kürzung zurückgenommen werde und bitte den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung, dieses Anliegen zu unterstützen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0037/2011**

Weiterführung der Bundesgeschäftsstelle des Gesunde-Städte Netzwerks (GSN)

Frau Holtz brachte den gemeinsamen Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL ein und stellte ihn vor:

„Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung möge beschließen:

1. In Ziffer II. wird folgender Text eingefügt:

Mit der Weiterführung der Bundesgeschäftsstelle wird die Erwartung verbunden

- dass regelmäßig über die Erfahrungen, Erkenntnisse und Informationen zu praktikablen Modellen der Gesundheitsförderung, die aus der Arbeit des Gesunde Städte-Netzwerkes resultieren, informiert wird und diese Erkenntnisse in die Gestaltung und Entwicklung kommunaler Gesundheitspolitik einfließen und
- dass die Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Fachhochschulen in Münster verstärkt wird.

Ziel ist die Entwicklung von gesundheitsfördernden präventiven Arbeitsansätzen und die stärkere örtliche Wirkungsentfaltung der Geschäftsstellentätigkeit. Ziel ist es dabei auch, gesundheitsfördernde Inhalte und Methoden bei öffentlichen Planungen und Entscheidungen zu berücksichtigen.

2. Die bisherige Ziffer II wird Ziffer III.“

Herr Bruns von der Fraktion DIE LINKE erklärte, dass er den Antrag grundsätzlich unterstütze, bat aber um eine redaktionelle Änderung des Ergänzungstextes insbesondere dahingehend, dass der erste Satz des einzufügenden Textes nicht das Wort „Erwartung“ enthalte.

Herr Stadtrat Paal sagte zu, den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung unabhängig von der Weiterführung der Bundesgeschäftsstelle des Gesunde Städte-Netzwerkes umfassend über den Themenkomplex „Gesunde Stadt Münster“ zu informieren.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL in der folgenden Fassung mit 17 Fürstimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE) und 2 Gegenstimmen (FDP) an:

„Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung möge beschließen:

1. Die Stadt Münster stimmt der Weiterführung der Geschäftsstelle des Gesunde Städte-Netzwerkes bis zum Jahresende 2015 zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - regelmäßig über die Erfahrungen, Erkenntnisse und Informationen zu praktikablen Modellen der Gesundheitsförderung, die aus der Arbeit des Gesunde Städte-Netzwerkes resultieren, zu informieren und diese Erkenntnisse in die Gestaltung und Entwicklung kommunaler Gesundheitspolitik einfließen zu lassen und
 - die Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Fachhochschulen in Münster zu verstärken.

Ziel ist die Entwicklung von gesundheitsfördernden präventiven Arbeitsansätzen und die stärkere örtliche Wirkungsentfaltung der Geschäftsstellentätigkeit. Ziel ist es dabei auch, gesundheitsfördernde Inhalte und Methoden bei öffentlichen Planungen und Entscheidungen zu berücksichtigen.

Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung die Vorlage in der Fassung des Änderungsantrages mit 17 Fürstimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE) und 2 Gegenstimmen (FDP) und empfahl dem Hauptausschuss:

I. Sachentscheidung:

1. Die Stadt Münster stimmt der Weiterführung der Geschäftsstelle des Gesunde Städte-Netzwerkes bis zum Jahresende 2015 zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - regelmäßig über die Erfahrungen, Erkenntnisse und Informationen zu praktikablen Modellen der Gesundheitsförderung, die aus der Arbeit des Gesunde Städte-Netzwerkes resultieren, zu informieren und diese Erkenntnisse in die Gestaltung und Entwicklung kommunaler Gesundheitspolitik einfließen zu lassen und
 - die Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Fachhochschulen in Münster zu verstärken.

Ziel ist die Entwicklung von gesundheitsfördernden präventiven Arbeitsansätzen und die stärkere örtliche Wirkungsentfaltung der Geschäftsstellentätigkeit. Ziel ist es dabei auch, gesundheitsfördernde Inhalte und Methoden bei öffentlichen Planungen und Entscheidungen zu berücksichtigen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	07.01	Gesundheitsdienste			
Zeile	06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2012	18.000	Zusätzlicher Ertrag: Kostenerstattung des Gesunde-Städte Netzwerks für Personalaufwendungen der Stadt Münster

Die Kostenerstattung in Höhe von 18.000 € durch das GSN führt zu einer anteiligen Refinanzierung der bereits heute durch das Gesundheitsamt geleisteten Personalaufwendungen für die Bundesgeschäftsführung/Sekretariat des GSN.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0041/2011**
Handlungsprogramm Wohnen

Den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung lag folgender abweichender Beschluss der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen (KIB) vom 01.02.2011 vor:

„Die KIB empfiehlt dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung, dem Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft, dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss und dem Rat die Vorlage V/0041/2011 mit folgender Änderung zu beschließen:

Ziffer 1.

Der Rat beauftragt die Verwaltung,

1.1. das Handlungsprogramm Wohnen fortzuschreiben und es zur Steuerung des lokalen Wohnungsmarktes umsetzungsorientiert als „Kommunales Handlungskonzept Wohnen“ entsprechend den Anforderungen des Landes NRW sowie unter Berücksichtigung des Hauptausschussbeschlusses vom 28.04.2010 zur Vorlage V/0237/2010 und des folgenden Beschlusses der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen vom 30.11.2010 weiterzuentwickeln:

Die Verwaltung wird gebeten, unter Berücksichtigung der Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention

1. eine Analyse zur Wohnsituation von Menschen mit Behinderungen (Wohnraumversorgung, Bedarfe) vorzunehmen und dazu einen Bericht vorzulegen,

2. in den jährlichen Geschäftsbericht des Amtes für Wohnungswesen spezifische Belange der Wohnungssuche und Ergebnisse zu den Möglichkeiten der Wohnraumversorgung von Menschen mit Behinderungen mit aufzunehmen und diesen Bericht auch der KIB vorzulegen,

3. im Zuge der nächsten Fortschreibung des Handlungsprogramms Wohnen“ (vgl. CDU-Antrag zur Berichtsvorlage 0489/2010 „Soziale Wohnraumförderung“) die Erfordernisse einer bedarfsgerechten Wohnungsversorgung von Menschen mit Behinderungen sowohl im geförderten wie im frei finanzierten Wohnungsbau angemessen zu berücksichtigen,
4. wegen des demografischen Wandels im Hinblick auf die in absehbarer Zeit zu erwartende Anzahlsteigerung der demenziell erkrankten Menschen eine Gesamtplanung konkreter Maßnahmen und innovativer Wohnprojekte auszuarbeiten, um die Wohnraumversorgung dieser Menschen in allen Stadtteilen Münsters vorzubereiten,
5. mit der Wohn+Stadtbau GmbH Kontakt aufzunehmen und darauf hinzuwirken, dass zukünftig alle neuen Wohnungen der Wohn+Stadtbau GmbH barrierefrei gebaut werden und bei Sanierungen ebenfalls Barrierefreiheit angestrebt wird.

Herr Stadtrat Paal erläuterte die folgende, den Mitgliedern zugegangene Stellungnahme der Verwaltung zu dem abweichenden Beschluss der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen:

„Der ergänzende Beschluss der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen (KIB) vom 01.02.2011 zur Beschlussvorlage V/0041/2011 „Handlungsprogramm Wohnen“ wird in seiner Intention von der Verwaltung begrüßt. Er enthält in den Punkten 1, 3 und 4 unmittelbare Bezüge zur Vorlage. Die Verwaltung schlägt vor, den Punkt 1.1 in folgender Fassung zu beschließen:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung

1.1 das Handlungsprogramm Wohnen fortzuschreiben und es zur Steuerung des lokalen Wohnungsmarktes umsetzungsorientiert als „Kommunales Handlungskonzept Wohnen“ entsprechend den Anforderungen des Landes sowie unter Berücksichtigung des Hauptausschussbeschlusses vom 28.04.2010 zur Vorlage V/0237/2010 weiterzuentwickeln und dabei die Erfordernisse einer bedarfsgerechten Wohnungsversorgung von Menschen mit Behinderungen sowie demografisch bedingte Wohn- und Betreuungsbedarfe zu analysieren und angemessen zu berücksichtigen (vgl. Beschluss der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen vom 30.11.2010),

Die darüber hinaus gehenden Anliegen im Beschluss der KIB werden von der Verwaltung im Rahmen der Umsetzung des jährlichen Geschäftsberichtes des Amtes für Wohnungswesen sowie im kooperativen Dialog mit der städtischen Wohnungsgesellschaft Wohn+Stadtbau GmbH zeitnah aufgegriffen.“

Herr Knüvener erklärte sich im Namen der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen mit diesem Vorschlag der Verwaltung einverstanden.

Frau Fahl und Frau Regenitter beantworteten Fragen der Mitglieder; Frau Ganser und Herr Otte dankten Ihnen für die Vorlage.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Verwaltungsvorschlag einstimmig an.

Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung die Vorlage in der Fassung des Verwaltungsvorschlages und empfahl dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung,

1.1 das Handlungsprogramm Wohnen fortzuschreiben und es zur Steuerung des lokalen Wohnungsmarktes umsetzungsorientiert als „Kommunales Handlungskonzept Wohnen“ entsprechend den Anforderungen des Landes sowie unter Berücksichtigung des Hauptausschussbeschlusses vom 28.04.2010 zur Vorlage V/0237/2010 weiterzuentwickeln und dabei die Erfordernisse einer bedarfsgerechten Wohnungsversorgung von Menschen mit Behinderungen sowie demografisch bedingte Wohn- und Betreuungsbedarfe zu analysieren und angemessen zu berücksichtigen (vgl. Beschluss der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen vom 30.11.2010),

1.2 die Umsetzung dieses Auftrages auf externe Fachkompetenz zu stützen und durch einen dialogorientierten Prozess mit lokalen Akteuren aus Politik, Verwaltung und Wohnungswirtschaft methodisch zu begleiten,

1.3 die notwendigen Vorbereitungen für den Auftrag gemäß Ziffer 1.1 unter Einbeziehung externer Experten zu treffen und die hierfür anfallenden Kosten (i.S.v. Alternativangeboten) zu ermitteln. Die zur Auftragsvergabe erforderliche Mittelbereitstellung ist rechtzeitig zur Aufstellung des Haushalts 2012 dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass das Land NRW derzeit keine Änderung in der Einstufung der Stadt Münster als Gebiet mit unterdurchschnittlichem Bedarfsniveau für den Förderbedarf im Segment „Mietwohnungsbau“ vorsieht.

3. Mit der Beschlussfassung über diese Vorlage ist der Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster an den Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft (ASSVW) zur Vorlage V/0489/2010 „Soziale Wohnraumförderung“ vom 23.09.2010 erledigt.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0921/2010**

Information und Beratung für komplexe Anliegen und bei Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets für Menschen mit Behinderung: Einrichtung eines Beratungsangebotes durch die Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE NRW e.V.

Herr Willamowski beantwortete Nachfragen.

Herr Reiners erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL mit der pauschalen Kürzung der Zuschüsse an Vereine, Vereinigungen und Verbände um 1,75 % ab dem Jahr 2012 nicht einverstanden sei und daher beabsichtige, dieser nicht zuzustimmen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschloss einstimmig:

I. Sachentscheidung:

1. Die Stadt Münster gewährt der Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen Nordrhein-Westfalen e.V. (LAG SELBSTHILFE NRW e.V.) für drei Jahre (2011 – 2013) einen jährlichen Zuschuss für die Einrichtung und Erprobung eines Beratungsangebotes „Information und Beratung für komplexe Anliegen und bei Inanspruchnahme des persönlichen Budgets für Menschen mit Behinderung“.

2. Die Verwaltung wird beauftragt,

- mit der LAG SELBSTHILFE NRW Einzelheiten der Bezuschussung vertraglich in einer Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarung zu regeln. Die wesentlichen Eckpunkte der Vereinbarung sind vor dem Abschluss mit der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen (KIB) abzustimmen.
- der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen sowie dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung jährlich über die Arbeit, die Inanspruchnahme und Zielerreichung der Beratungsstelle zu berichten.

II. Finanzielle Auswirkungen

Für den Zuschuss an einen freien Träger ist im Haushalt von 2011 bis 2013 bislang ein jährlicher Ansatz in Höhe von 30.000 € vorgesehen. Gemäß Beschluss des Rates vom 08.12.2010 ist jedoch ab 2012 eine pauschale Kürzung der Zuschüsse an Vereine, Vereinigungen und Verbände um 1,75 % (in diesem Fall = 525 €) vorzunehmen. Daher ist ab 2012 von einem Ansatz in Höhe von 29.475 € auszugehen.

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkun- gen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe	2011 ab 2012	30.000	
Teilergebnisplan (Zeile)	15	Transferaufwendungen		29.475	
Insgesamt:					

Punkt 10 der Tagesordnung**Jahresprogramm 2011 des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung**

Frau Holtz wies auf das den Mitgliedern vorliegende Schreiben der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 09.02.2011 hin, mit dem um folgende Ergänzungen des Jahresprogramms 2011 des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung gebeten wird:

- 2.7. Bericht zur Arbeit des „Gesunden Städtenetzwerkes“ und der Implementierung ortsnaher Präventionskonzepte für die Stadt Münster.

Beratungstermin: Vorschlag IV/2011

- 3.2.7 Umsetzung und Auswirkungen des Wohn- und Teilhabegesetzes NRW (WTG) in Münster sowie Bericht über Novellierungen beim WTG und Landespflegegesetz.

Beratungstermin: Vorschlag IV 2011

Gegen diesen Vorschlag wurden keine Einwände erhoben.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm das Jahresprogramm 2011 zur Kenntnis.

Das aktualisierte Jahresprogramm 2011 des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung ist dieser Niederschrift beigelegt – **Anlage 2**.

Punkt 11 der Tagesordnung**Verschiedenes****11.1 Antrag der Stadt Münster zur alleinigen Aufgabenwahrnehmung des SGB II als zugelassener kommunaler Träger**

Herr Stadtrat Paal berichtete auf Nachfrage über die vorgesehene Terminkette auf Landes- und Bundesebene.

11.2 Informationsveranstaltung für Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung

Frau Ganser wies auf den für März 2011 geplanten informellen Besuch der künftigen forensischen Klinik und die den Mitgliedern bereits zugesandte Vorabkündigung hin. Sie bat die teilnehmenden Mitglieder um eine Anmeldung bei Herrn Treutler oder Frau Hamisch.

gez.
Beanka Ganser
Vorsitz

gez.
Barbara Hamisch
Schriftführung